

DEUTSCHE WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT DER BUNDESREPUBLIK IM 1. VIERTELJAHR 1963

Für die Wirtschaftsentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 1963 war der ungewöhnlich harte und lange Winter bestimmend; sein Einfluß wird noch weit in das zweite Vierteljahr 1963 hineinreichen.

Am stärksten war von dem strengen und langanhaltenden Frostwetter naturgemäß die Bauwirtschaft betroffen. Während im Winter 1961/62 nur zeitweise die Außenarbeiten unterbrochen werden mußten, ruhte die Tätigkeit im Hoch- und Tiefbau im Januar und Februar dieses Jahres weitgehend. Allein in diesen beiden Monaten fielen im Baugewerbe, soweit es von der Schlechtwetterregelung betroffen wird, 42,7 Mill. Tagewerke aus gegenüber 16 Mill. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Rund 1 Mill. Bauarbeiter erhielt im Februar Schlechtwettergeld, war also ohne Beschäftigung. Außerdem wurden Ende Februar 98 500 arbeitslose Bauarbeiter gezählt.

Der Winter zwang aber auch andere wetterabhängige Wirtschaftszweige zu erheblichen Produktionseinschränkungen. Steinbrüchen, Kiesgruben, Ziegeleien, Sägewerken, Binnenschifffahrt, Gartenbau und Forstwirtschaft wurde eine längere Arbeitspause aufgezwungen; die Außenarbeiten in vielen anderen Wirtschaftszweigen, vor allem in der Landwirtschaft, mußten eingestellt werden. Auch die Zulieferer des Baugewerbes, vor allem die Baustoffbetriebe, Holzverarbeiter und die Stahlindustrie, wurden in Mitleidenschaft gezogen. Da kaum Wohnungen fertig wurden, sank die Nachfrage nach Wohnungseinrichtungen.

Überhaupt führten die Produktionseinbußen und Umsatzrückgänge während der Frostperiode in den betroffenen Bereichen zu Schmälerungen des Einkommens und zu einer Abschwächung der gesamten Nachfrage. Hinzu kommt, daß ein erheblich größerer Teil des Einkommens als sonst für — im Preis stark heraufgesetztes — Heizmaterial sowie für — enorm verteuertes — Obst und Gemüse benötigt wurde. Umsatzstagnation oder gar -rückgang in anderen Branchen waren die Folge. Dagegen profitierten von dem strengen und langen Frost vor allem der Kohlenbergbau, die Heizölindustrie, die Hersteller von elektrischen Wärmegegeräten und entsprechende Zweige des Handels, doch wurden dadurch die Beschäftigungseinschränkungen anderer Bereiche nicht ausgeglichen.

Diese Feststellung kann auch an Hand der industriellen Produktionsstatistik getroffen werden. Die Industrieproduktion lag im Januar 1963 nur noch um 1,5 vH über der des gleichen Vorjahrsmonats. Diese Jahreswachstumsrate ist beträchtlich kleiner als die in den letzten Monaten des Jahres 1962; im Dezember 1962 war z. B. eine Zuwachsrate von 5 vH zu verzeichnen gewesen und im ganzen vierten Vierteljahr 1962 eine Rate von 5,7 vH. Die starke Wachstumsabschwächung im Januar 1963 ist neben dem Leistungsrückgang im Baugewerbe auf eine Stagnation in der von der Witterung stärker abhängigen Grundstoff- und in der Investitionsgüterindustrie zurückzuführen. Demgegenüber erzielten die Verbrauchsgüterindustrie und die Nahrungs- und Genußmittelindustrie mit jeweils 5 vH beachtliche Zuwachsraten.

Nach diesem harten Winter ist im Frühjahr mit einem raschen und sehr kräftigen Beschäftigungsanstieg in den von der Kältewelle betroffenen Bereichen zu rechnen, und auch die Verbrauchernachfrage wird sich schnell wieder beleben. Vor allem die Bauwirtschaft wird bemüht sein, den Produktionsausfall wettzumachen und den stark angewachsenen Bauüberhang wieder zu verringern. Doch wird dies wahrscheinlich hier wie in anderen Wirtschaftsbereichen wegen der begrenzten Produktionsmöglichkeiten nur zum Teil gelingen, so daß ein negativer Einfluß dieses Winters auf das Jahresergebnis bleiben wird.

Die Wachstumserwartungen für 1963 können unter Umständen auch durch das Scheitern der Verhandlungen über die Aufnahme Großbritanniens in die EWG beeinträchtigt werden. Hierauf wurde vom *Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften* hingewiesen: „Eine nicht zu überschätzende motorische Kraft der letzten Jahre in der Konjunktorentwicklung der EWG-Länder“, so heißt es in Heft 2/1963 der *Mitteilungen* dieses Instituts (S. 30), „lag in der Aussicht auf die Ausbildung des europäischen Großraumes. Die Ungewißheit, ob und wann die neue Orientierung auf einen engen Verbund mit Großbritannien Wirklichkeit wird, läßt eine der wichtigsten motorischen Antriebskräfte zuerst einmal erlahmen. Die französische Intervention vom 29. Januar 1963 gegen die Aufnahme Großbritanniens in die EWG erzwingt zuerst einmal eine Desorientierung der in letzter Zeit sehr aktiven Integrationskräfte im westeuropäischen Wirtschaftsbereich beiderseits des Kanals. Das kann sich zeitweise lähmend oder wenigstens abschwächend auf das wirtschaftliche Wachstum bemerkbar machen, denn nicht zuverlässig zu taxierende Standorte erschweren die regionale Orientierung der investiven Kräfte. In Anbetracht des raschen Wachstumstempos gerade der besonders investiven sogenannten Wachstumsindustrien müssen sich von der Po-

litik erzwungene „Abwartezeiten“ geradezu blockierend auswirken. Mindestens, aber wächst — auf lange Sicht gesehen — die Gefahr großer Fehlleistungen an Investitionen.“ Weitere Aspekte der zu erwartenden Wirtschaftsentwicklung haben wir in unserem Aufsatz zum Wirtschaftsbericht der Bundesregierung angesprochen (vgl. S. 219 ff. des vorliegenden Heftes).

Günter Pehl